

Wirtschaft bringt Freiheit

Arbeitsgesellschaft im Umbruch (IV): Die regulierte Schweiz wird scheitern

Die freie Marktwirtschaft realisiert urdemokratische Postulate, obschon mit Nachdruck anderes behauptet wird. Aufs kürzeste gerafft: Wer sich gegen die Deregulierung stemmt, verhindert notwendige Anpassungen auch und gerade in diesem Land.

■ VON BRUNO S. FREY
UND IRIS BOHNET*

Die Bauern-Demonstrationen in Bern machten erneut deutlich: Wirtschaftliche Einflüsse werden als feindliche, gegen den Menschen gerichtete Mächte angesehen. Diese negative Einstellung gilt ganz besonders gegenüber dem Wettbewerb und dem Markt. Die moderne Wirtschaftswissenschaft sieht dies anders: Markt und Wettbewerb eröffnen den Menschen Freiräume, die sonst nicht existieren würden.

Wettbewerb zerstört Macht

Im Markt werden wirtschaftliche und politische Monopole unterminiert; Wettbewerb ist subversiv. Konkurrenz hat z. B. im Gesundheitswesen augenscheinliche Erfolge gebracht. Gleichwertige Nachahmerpräparate für bekannte Medikamente sind meist um mehr als ein Viertel günstiger als die Originalmedikamente. Der massive Widerstand geschützter Branchen gegen eine Marktöffnung ist entsprechend gross. Guter und preisgünstiger Weisswein etwa kann immer noch nicht frei in die Schweiz eingeführt werden. Die heute bestehenden Monopole und Kartelle würden ihre Renten verlieren, wenn andere Anbieter auf den Markt kämen.

Offene Märkte geben Aussenseitern und Aussenseiterinnen die Möglichkeit, neue Ideen einzubringen. In den USA sind es die neu gegründeten Unternehmungen, die Arbeitsplätze schaffen. In der Schweiz hingegen gibt es viel mehr bürokratische Schranken, die Neuen den Einstieg verwehren und damit verkrustete Strukturen aufrechterhalten. Das Scheitern der planwirtschaftlichen Modelle in den zentral- und osteuropäischen Staaten ist ganz wesentlich auf deren fehlende Innovationskraft zurückzuführen.

Märkte überwinden eine der Geisseln der Menschheit, den zerstörerischen Na-

tionalismus. Wer auf Märkten handelt, interessiert sich nicht für nationalistische Gefühle und Politiken, sondern sucht international nach den besten Produkten, den geeignetsten Standorten und den motiviertesten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Der Markt kann sogar Zusammenarbeit ermöglichen, wo vorher nur Krieg war. Der Krieg zwischen Vietnam und den Vereinigten Staaten z. B. hat auf beiden Seiten unsägliche Opfer gekostet. Heute hingegen läßt die vietnamesische Regierung die USA ein, zu investieren – und die einheimische Bevölkerung profitiert davon.

Markt und Verantwortung

Der Markt räumt den Menschen Selbstverantwortung ein. Über Erfolg oder Misserfolg sollen weder persönliche Beziehungen – «Vitamin B» – noch die Herkunft, die Rasse oder das Geschlecht entscheiden. Der Wettbewerb bestraft Diskriminierung. Wer systematisch Personen aufgrund z. B. ihrer Hautfarbe ausschliesst, wird unweigerlich durch die Konkurrenz, die das Potential aller Menschen nutzt, überholt.

Die moderne Wirtschaftswissenschaft in Form der «Neuen Politischen Ökonomie» hat die Idee des Wettbewerbs auf den politischen Bereich angewandt. Die Grundlage der Demokratie ist die Möglichkeit, zwischen unterschiedlichen Parteien und politischen Massnahmen zu wählen. Da sich Regierungen und Parlamente nach einer gewissen Zeit einer Wiederwahl stellen müssen, können sie nicht an den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger vorbeipolitisieren.

Direkte Demokratie

Die direkte Demokratie untergräbt politische Monopole zusätzlich: Von ausserhalb der etablierten politischen Parteien kommende Initiativen und Referenden verhindern ein «Politikerkartell». In 37 Prozent der zwischen 1948 und 1993 in der Schweiz durchgeführten nationalen Referenden übernahm die Mehrheit der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen das Urteil von Regierung und Parlament nicht. Es überrascht deshalb nicht, dass sich die Politiker und Parteien in repräsentativen Demokratien entschieden gegen diese Volksrechte aussprechen – sie wissen, dass sie dadurch wesentlich an Macht verlieren.

Hinweise auf den Erfolg der direkten Demokratie geben Vergleiche zwischen Schweizer Kantonen. Die 17 Kantone, die am stärksten direktdemokratisch ausgeprägt sind, weisen eine um rund 15 Prozent höhere Wirtschaftsleistung (BIP) pro Kopf auf als die 7 eher repräsentativen Kantone. Zudem ist die Staatsquote, der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt, in Gemeinwesen mit stärkerer Beteiligungsmöglichkeit geringer. Dies wird von Bürgerinnen und Bürgern durch eine höhere Steuermoral honoriert.

Eine ähnliche Rolle wie das Volksrecht der direkten politischen Beteiligung spielt

der Föderalismus. Dezentralisierung führt nicht nur zu mehr Bürgernähe, sondern öffnet Freiräume. Wer mit den öffentlichen Leistungen in einer Gemeinde oder einem Kanton (z. B. mit den öffentlichen Schulen) nicht zufrieden ist, kann in eine andere, effektiver arbeitende Körperschaft umziehen. Nur schon die Möglichkeit der Abwanderung gibt den Regierenden einen starken Anreiz, sich um die Belange der Bevölkerung zu kümmern.

Mauern, aber auch weniger offensichtliche Hürden wie Zollschranken werden gebaut, um Mobilität zu verhindern. Sie sind jedoch ein Zeichen von Schwäche und schützen nicht etwa die Eingezäunten, sondern lassen diese nicht an den Vorteilen eines internationalen Austauschs teilhaben. Eindrückliche Beispiele sind die ehemals kommunistischen Länder. Auch das Los vieler Menschen in Entwicklungsländern verschlechtert sich, wenn ein Land sich abschottet.

Offenheit ergibt Wachstum

Häufig wird die Sorge geäußert, das Einkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern klappe immer weiter auseinander. Dies gilt jedoch nicht für nach aussen offene Staaten, die Freiräume für wirtschaftliches Handeln und Innovation schaffen. Allgemein bekannt sind die gewaltigen Fortschritte im Pro-Kopf-Einkommen der «asiatischen Tiger»: Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur und neuerdings auch Indonesien, Thailand und Vietnam.

Auch in Lateinamerika können Länder durch Öffnung und Deregulierung erheblichen wirtschaftlichen Fortschritt erzielen. Dazu gehört das (demokratische) Chile mit den höchsten Wachstumsraten Lateinamerikas, aber auch Argentinien, Peru, Brasilien und Mexiko. Chile hat es im speziellen verstanden, sich die wirtschaftliche Öffnung in Südostasien zu nutzen zu machen. Südkorea, Taiwan und Japan gehören zu den wichtigsten Abnehmern von chilenischen Exporten.

Europäische Länder hingegen verloren an Bedeutung. Während der Anteil der Europäischen Union an chilenischen Exporten 1985 noch 33,5 Prozent und derjenige Japans 9,9 Prozent betrug, gelangten 1995 nur noch 26,5 Prozent der Exporte von Chile in die EU, hingegen 17,7 Prozent nach Japan. In Afrika nutzt insbesondere Botswana die Möglichkeiten von Markt und Wettbewerb für seine Entwicklung. Das Land profitierte von der Aufhebung der Sanktionen gegenüber Südafrika 1993 und von dem damit einhergehenden gestiegenen Interesse an dieser Region. Als direkter Nachbar von Südafrika überzeugte Botswana viele Investoren durch vergleichsweise stabile und freiheitliche Rahmenbedingungen, die grosse Firmen, wie z. B. den südkoreanischen Autohersteller Hyundai, dazu veranlassten, ihre Fabriken nicht in Südafrika, sondern in Botswana zu bauen.

Nicht nur Entwicklungsländer, die von einem nach üblichen Standards gemessenen tiefen wirtschaftlichen Niveau star-

ten, verzeichnen Erfolgsgeschichten. Auch Neuseeland konnte sich durch eine konsequente Öffnung der Märkte aus einer langanhaltenden Stagnation lösen. Neuseeland war während geraumer Zeit das am stärksten regulierte Land der OECD. Durch Privatisierung und Liberalisierung wurden in den letzten vier Jahren 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, was einer Halbierung der Arbeitslosigkeit entspricht. Das jährliche Wirtschaftswachstum betrug durchschnittlich 5 Prozent und liess Neuseeland in der Rangliste der leistungsfähigsten Länder auf Rang 3 vorrücken.

Auch für unser Land war der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wachstum bedeutsam. Noch im 18. Jahrhundert galten weite Teile der Schweiz als das «Armenhaus Europas». Mit der liberalen Verfassung von 1848 und verstärkt nach 1874 änderte sich die Situation dramatisch. Seither gehört die Schweiz zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Wie eine Umfrage des «Economist» 1994 belegt, haben wir infolge der Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse – auch wenn sie keineswegs ideal sind – eine Lebensqualität erreicht, die zu den höchsten der Welt zählt.

Verbunkern bringt nichts

Dieser Wohlstand ist heute gefährdet. Während die Schweiz im World Competitiveness Report des World Economic Forum noch auf Platz 6 rangiert, ist sie gemäss dem Lausanner IMD bereits auf Platz 9 zurückgefallen. Zu viele Schweizer und Schweizerinnen glauben, durch Abschottung und Ablehnung von Neuem Altes bewahren zu können. Andere haben dies vor uns versucht und sind daran gescheitert.

Keine Unternehmung und kein Staat kann sich über längere Zeit ungestraft dem internationalen Handel verschliessen. Geschützte Branchen leben auf Kosten der Konsumenten und Konsumentinnen, unter denen sich – notabene – die Ärmsten unserer Gesellschaft, nämlich alleinstehende Frauen mit Kindern, befinden. Der Sozialstaat funktioniert nach dem Giesskannenprinzip, ohne die Mittel auf die Bedürftigen zu konzentrieren. Solange wir nicht den Bedürftigen helfen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch in der Schweiz die Ungleichheit in der Einkommensverteilung zunimmt. Eine konsequente Einführung der Kostenwahrheit in allen Bereichen, Umwelt-, Sozial- und Strukturpolitik, ermöglicht Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit. Dass beides die Schweizer und Schweizerinnen bewegt, haben die Demonstrationen in Bern gezeigt. Sich den internationalen Herausforderungen zu öffnen, ist Grundlage des modernen Wirtschaftens.

* Prof. Dr. Bruno S. Frey ist Ordinarius an der Universität Zürich und Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung. Dr. Iris Bohnet ist Oberassistentin am gleichen Institut.

Bisher erschienen

26/27. 10.: Globalisierung als Ideologie und Erfahrung (Peter Wagner) – 6. 11.: Polemik gegen ein Europa der Bundesbanken (Pierre Bourdieu) – 15. 11.: Die amerikanische Erfahrung des Downsizing (Michael Useem).